

Rede der Falken Niederelbe auf der Gedenk Demonstration für Aman am 12.10.19

Hallo, ich bin von den Falken Niederelbe.

Es tut gut zu sehen, wie viele Menschen hier heute auf die Straße gekommen sind um Aman zu Gedenken, Aufklärung zu fordern und gegen bisweilen tödlichen Auswüchse von Polizeigewalt zu demonstrieren.

Natürlich, zunächst einmal geht es bei dieser Demonstration darum Aman zu gedenken und Druck auf die lokalen Verantwortlichen zu machen um eine tatsächliche Aufklärung der Ereignisse zu gewährleisten. Doch halten wir es für notwendig seinen Tod nicht nur als tragischen Einzelfall zu betrachten.

Es gibt eine lange Liste von Toten durch Polizeigewalt. Viele davon waren psychisch krank und viele waren von gesellschaftlichen Strukturen der Diskriminierung betroffen. Neben Demonstrant*innen und Journalisten bestehen die Opfergruppen vor allem aus Obdachlosen, Drogenabhängigen, Prostituierten, oder Menschen die als nicht-weiß oder nicht-deutsch wahrgenommen werden. Dies ist kein Zufall, sondern hat mit gesellschaftlichen Strukturen zu tun, mit Ideologien der Ungleichheit, welche sich durch fortgesetztes Handeln verfestigt haben und einer Polizei, die vor allen Dingen organisierte Gewalt ist.

Es ist kein linker Populismus liebe CDU, festzuhalten, dass ein Staat nun einmal auf Gewalt und Herrschaft gründet und die Polizei zuvorderst die Aufgabe zukommt diese zu repräsentieren und auszuüben. Diesen Apparat kritisch zu hinterfragen und genau hinzuschauen wenn Zwang ausgeübt wird, wenn Menschen getötet werden hat nichts mit Vorverurteilung zu tun, sondern zeigt nur, dass Menschen ihren Auftrag als mündige Subjekte der Gesellschaft wahrnehmen.

Wie notwendig das ist zeigt allein schon ein Blick auf generelle Polizeigewalt in Deutschland:

Von über 2000 gewalttätigen Übergriffen durch Polizist*innen die angezeigt werden landen gerade einmal 2 Prozent, vor Gericht. Nichteinmal einer von hundert wird verurteilt.

Das Dunkelfeld ist etwa 5 mal höher, Kriminologen, also Polizeiwissenschaftler*innen sprechen von ca. 12000 Fällen im Jahr. Denn meistens werden Beamte gar nicht erst angezeigt, Anwälte raten standardmäßig davon ab, denn zeigt man Polizist*innen als Opfer an, ist die Reaktion fast immer eine Gegenanzeige, etwa des Widerstands gegen "Vollstreckungsbeamte". Da Staatsanwält*innen und Gerichte die Glaubwürdigkeit der Polizei standardmäßig höher einschätzen als die gewöhnlicher Bürger*innen, enden solche Prozesse nicht selten mit einer Verurteilung der Opfer. Gestützt wird dies durch einen starken Corpsgeist innerhalb der Polizei: Soll einer der ihnen belangt werden kann er oder sie sich meist sicher sein, dass die Kamerad*innen vor Gericht decken oder zumindest außergewöhnlich vergesslich sind.

Diese Gemengelage macht es allein schon schwierig die solchermaßen privilegierten Beamten zur Rechenschaft zu ziehen. In Deutschland verschlimmert ein Umstand dies noch um ein vielfaches, ein Umstand, den sogar schon der UN-Menschenrechtsrat kritisierte. Denn in Deutschland gibt es keine unabhängige Beschwerdestelle, keine externe Ermittlungsbehörde für Angehörige der Polizei. So müssen in Deutschland stets Polizisten gegen Polizisten ermitteln. Auch in unserem Falle ermittelt die Polizei Cuxhaven gegen Beamte der Polizei Stade. Dass hier Nachbarn und Kooperationspartner mit der nötigen Unnachgiebigkeit ermitteln werden ist zumindest fragwürdig. Eine unabhängige Behörde, wie sie in den meisten demokratischen Ländern zu finden ist, wäre zumindest ein Anfang um es mit den Privilegien der Polizei, der andauernden Straflosigkeit aufzunehmen.

Dass es diese nicht gibt sollte für jede unterstreichen, warum es so wichtig ist hier und heute, sowie fortdauernd Druck zu machen um eine tatsächliche Aufklärung zu gewährleisten.

Soweit haben wir jetzt lediglich von den allgemeinen Problem angesichts der Stellung und Funktion der Polizei in diesem Land gesprochen. Menschen die von gesellschaftlichen Strukturen der Diskriminierung betroffen sind haben es dabei noch ungleich schwerer. Durch diskriminierende polizeiliche Maßnahmen wie das Racial Profiling, also die vermehrte Kontrolle von Menschen

aufgrund ihres nicht mittel-europäischen Aussehens, geraten diese viel häufiger in den Fokus der Beamten. Beim Aufeinandertreffen mit der Polizei sind sie dann auch wesentlich häufiger Unverhältnismäßigem Vorgehen ausgesetzt, etwa körperlicher Gewalt, sowie rassistischen Beleidigungen, welche Weißdeutsche einfach nie treffen würden. Da die Betroffenen gesellschaftlich kaum eine Lobby haben, als fremd wahrgenommen werden, als "die anderen" oder rassistisch als unwert markiert werden, eskaliert die Polizei wie auch Sicherheitsdienste gegen diese wesentlich häufiger. Häufig mag dies durch unbewusste Vorurteile geleitet sein, teilweise aber auch durch eine Haltung die sich wohl folgendermaßen beschreiben lässt: "Mit denen kann man es ja machen!"

Auch das juristische Vorgehen gestaltet sich ungleich schwieriger, nicht nur aufgrund eventueller Ungleichbehandlung durch die Justiz, sondern bei Menschen mit unsicherer Bleibeperspektive auch durch die krasse Gefahr, die eine rechtliche Auseinandersetzung bedeuten kann. Hier können die oben beschriebenen Gegenanzeigen schließlich bis zur Abschiebung führen.

Welche Ausmaße der polizeiinterne Rassismus in Verbindung mit der ausbleibenden Strafverfolgung annehmen kann, zeigen die Fälle von zwei weiteren jungen Männern, die nach Deutschland kamen, da sie in ihrer Heimat nicht bleiben konnten: nämlich Laye Conde und Oury Jalloh.

Laye Conde starb 2005 in Folge einer mehrstündigen Brechmittelfolter als standardisierte Maßnahme der Bremer Polizei. Über 1000 mal wurden zumeist migrantisch-aussehende Menschen auf diese Weise gefoltert, offiziell abgesegnet durch Bremer Senat und Polizeichef. Ein Ende dieser Praxis konnte erst nach dem Tod von Laye Conde erwirkt werden.

Nach seiner Festnahme wegen vermuteten Drogenbesitzes wurde er auf ein Polizeirevier gebracht. Dort wurde ihm von einem Arzt über Stunden literweise Wasser und Brechmittel eingeflößt um Drogen sicherzustellen. Auch als Laye schon das Bewusstsein verloren hatte und die Beweismittel längst ausreichend waren wurde die Tortur fortgesetzt. Zum zwischenzeitlich anwesenden Notarzt meinte der Arzt dazu nur, Schwarzafrikaner würden sich seiner Erfahrung nach gerne totstellen. Laye Conde erwachte nicht mehr aus dem Koma, er starb bald darauf an den Folgen.

Der Arzt, wie auch die Polizisten, welche Laye gefesselt hatten und ihn mit Gewalt für die Prozedur fixierten wurden rechtlich nie belangt. Zwei Prozesse endeten mit Freispruch, der dritte wurde eingestellt.

Bis heute wird um ein würdiges Gedenken gekämpft, die Strafverfolgung der Verantwortlichen scheint mittlerweile aussichtslos. Die Initiative Brechmittelfolter-Bremen hat das Geschehen gut aufgearbeitet und kämpft bis heute dafür!

Der bekannteste und wohl auch krasseste Fall ist der von Oury Jalloh.

Dieser wurde ebenfalls 2005 in einer Zelle des Polizeireviers Dessau-Roßlau gefesselt, mit brandbeschleuniger übergossen und angezündet. In der Folge starb er an den schweren Verletzungen.

Jahrelang folgten die Gerichte der Darstellung der Polizei, wonach der gefesselte Jalloh irgendwie ein Feuerzeug herbeigezaubert habe, trotz seiner Fesseln den feuerfesten Überzug der Matratze entfernte und sich dann selbst anzündete. Dass die Beamten die Gegensprechanlage der Zelle ausgestellt hatten, sowie den Feuermelder deaktivierten nachdem dieser losging machte sie ebenso wenig stutzig wie der in einem späteren Prozess nachgewiesene Brandbeschleuniger.

Ebenso nachgewiesen wurden später ein Nasenbeinbruch, sowie geplatze Trommelfelle des Getöteten, welche auf schwere körperliche Gewalt hindeuten, die er zuvor erlitten haben muss. Die offensichtlichste Hypothese scheint eigentlich, dass hier rassistisch motivierte Polizeigewalt durch einen Mord vertuscht werden sollte. Doch Gerichte und Staatsanwaltschaft wehrten sich jahrelang gegen die Beweise, unterstützt durch die Polizei Dessau, welche diverse Falschaussagen tätigte und keinen Aufklärungswillen zeigte. So folgten auch hier wieder Freisprüche, sowie lediglich eine Verurteilung wegen "fahrlässiger Körperverletzung" eines Beamten.

Erst 2014, nach jahrelanger unermüdlicher Arbeit der Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh wurden neue Ermittlungen eingeleitet, da auch die Staatsanwaltschaft nun von Mord durch Dritte

ausging. Doch die Hoffnung auf eine Verurteilung der Polizisten für ihren Mord währte nur kurz. Nachdem der Oberstaatsanwalt aus Dessau konkrete Verdächtige unter den Beamten benannte wurde das Verfahren der Staatsanwaltschaft Halle übergeben. Diese stellte das Verfahren kurzerhand ein, da keine Aufklärung zu erwarten sei. Zufälligerweise waren zuvor nämlich wichtige Akten geschreddert worden, welche Aufklärung über den Fall hätten bringen können, sowie zu zwei weiteren Todesfällen mit denen das Polizeirevier in Verbindung stand.

Momentan läuft ein Klageerzwingungsverfahren der Initiative für das Gedenken an Oury Jalloh, ein letzter Versuch um zu erwirken, dass die Staatsanwaltschaft endlich wegen Mordes gegen die beteiligten Polizisten vorgeht, doch ein Erfolg scheint unwahrscheinlich, denn die Behörden wehren sich nach wie vor.

Ich erzähle euch das vor allem um einen Eindruck davon zu geben, was möglich ist und mit was Polizist*innen in Deutschland alles durchkommen können. Natürlich ist es zu früh um ein abschließendes Urteil zu Amans Tod zu fällen. Doch sollten wir uns darüber im klaren sein, wie peinlich genau die Strafverfolgungsbehörden darauf bedacht sind den Mythos der Unfehlbarkeit aufrechtzuerhalten. Dabei muss es nicht immer gleich ein rassistischer Mord sein, der gedeckt wird. Vielleicht wird man auch einfach nicht zugeben wollen, dass hier bis in die Einsatzleitung hinauf falsch gehandelt wurde. Darüberhinaus ginge es darum einzusehen, dass psychisch Kranke, insbesondere Menschen mit Psychosen nicht wie Schwerkriminelle zu behandeln sind. Dass Beamt*innen sich in solche Fällen vielleicht nicht nur als das organisierte Gewaltmonopol zu verstehen haben, dem Folge zu leisten ist. Dass statt einem zweiten Streifenwagen vielleicht lieber der psychosoziale Notdienst mitgeschickt worden wäre.

Solange wir in bürgerlichen, kapitalistischen Verhältnissen leben werden wir nicht um die Institution Polizei herumkommen. Doch eine Menge Leid und viele Tote, wie Aman wären zu vermeiden gewesen, wenn die Behörden endlich eine selbstkritische Fehlerkultur entwickeln würden. Denn sonst werden wir die jahrzehntelange Kontinuität vor allem auch rassistischer Polizeigewalt niemals brechen können.